



Grüne Kanton Bern, Postfach, 3000 Bern 23
Tel. 031 311 87 01
Fax 031 311 87 04
sekretariat@gruenebern.ch
www.gruenebern.ch
www.twitter.com/gruenebern

Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
Rechtsabteilung
Münsterplatz 3a
Postfach
3000Bern 8

Per Mail an: consultation@vol.be.ch

Bern, 13. August 2019

VERNEHMLASSUNG: GESETZ ÜBER DIE BETEILIGUNG DES KANTONS AN DER FLUGHAFEN BERN AG (BFBG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung zum Gesetz über die Beteiligung des Kantons an der Flughafen Bern AG (BFBG).

Die GRÜNEN Kanton Bern lehnen das neue Gesetz ab. Die Schaffung einer Subventionsgrundlage für einen wirtschaftlich nicht rentablen Flughafen in Zeiten der Klimaerhitzung ist unvernünftig und unverständlich.

Die Luftfahrt verursacht heute bereits 18% der CO₂-Emissionen der Schweiz – mit wachsender Tendenz¹. In naher und mittlerer Zukunft ist die Luftfahrt nicht mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Weder kann diese für mittlere und grosse Flugzeuge elektrifiziert werden, noch stehen genügend aus erneuerbaren Energien erzeugte (CO₂-neutrale, synthetische) Kraftstoffe zur Verfügung. Der Betrieb der Luftfahrt im heutigen Ausmass ist höchstwahrscheinlich auch in Zukunft nicht möglich. So raten auch die Europäischen Akademien der Wissenschaften (European Academies Science Advisory Council, 2019²) zur Eindämmung des Luftverkehrs, um die Dekarbonisierungsziele zu erreichen.

Die Subventionierung des Flughafens führt indirekt auch zur Subventionierung der Luftfahrt und damit des Verbrauchs von fossilen Energieträgern, da er diese verbilligt. Subventionen von fossilen Energien gelten auch für die Internationale Energieagentur als eine der schädlichsten Praktiken (IEA, 2018³) und sollten so rasch wie möglich zurückgefahren werden.

Die Schaffung einer Gesetzesgrundlage für die Subventionierung der Luftfahrt widerspricht auch den Zielen der Verfassung des Kantons Bern (Art. 31 – Abs. 1-2 und Art. 34 – Abs. 1-2).

¹ <https://www.wvf.ch/de/unsere-ziele/flugverkehr>

² https://easac.eu/fileadmin/PDF_s/reports_statements/Decarbonisation_of_Transport/EASAC_Decarbonisation_of_Transport_FINAL_March_2019.pdf

³ <https://www.iea.org/newsroom/news/2018/october/hard-earned-reforms-to-fossil-fuel-subsidies-are-coming-under-threat.html>



Die Schweiz muss ihren CO₂-Ausstoss gemäss dem ratifizierten Paris-Abkommen bis spätestens 2050 auf netto Null reduzieren. Dies ist mit einem Ausbau der Luftfahrt nicht möglich. Im Gegenteil - diese muss stark verringert werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Bern wird massiv überschätzt. Einerseits können kleine Flughäfen praktisch nie rentabel betrieben werden. Das deutlichste Zeichen für die mangelnde Rentabilität sind die Groundings der Fluggesellschaften der letzten Jahre. Andererseits ist Bern sehr gut per Bahn an die internationalen Flughäfen Zürich, Basel und Genf angeschlossen. Bern hat gemäss internationalen Massstäben auch ohne das Belpmoos drei Flughäfen.

Anhand der Passagierzahlen (176'000 noch mit Skywork, 2017) kann die geringe Bedeutung auch abgeschätzt werden. Im Verhältnis zum Bahnhof Bern macht dies 0.2% aus. Von den rund 5 Millionen Touristen, die das Berner Oberland besuchen, reisten rund 24'000 per Flugzeug an (0.5%). Für die Berner Wirtschaft stehen mit Genf, Basel und Zürich nahe Flughäfen mit einem breiten Angebot zur Verfügung. Auf der Fläche des Flughafens liesse sich zudem viel höhere Wertschöpfung erreichen als durch den selten genutzten Flughafen.

Die Entwicklung des Flughafens weg von Linienflügen hin zu Business Aviation, Ferienflügen und Mobilitätszentrum macht eine Subventionierung noch falscher. Sie dient damit nicht einmal mehr einer marginalen Verbesserung der Anschlüsse von Bern, sondern rein privaten Zwecken. Die Kosten für den Betrieb müssen von den Nutzer*innen bezahlt werden und nicht von der Allgemeinheit.

Folgende Gründe sprechen zusätzlich gegen das neue Gesetz:

- Der Flughafen Bern weist eine schlechte Erreichbarkeit per öV aus
- Der Kanton Bern hat bereits heute zu wenig Geld für dringende Investitionen – z.B. für den Bau neuer Fachhochschulen, die der Innovationskraft des Kantons dienen.
- Die 6 Millionen Franken sind in Anschlüsse an internationale Bahnverbindungen (z.B. TGV, Nachtzüge) zu investieren; diese sind dringlicher und von grösserem Nutzen für die Wirtschaft, die Bevölkerung und den Tourismus.
- Ordnungspolitisch ist die Subvention falsch. Die Finanzierung eines Flughafens ist keine öffentliche Aufgabe.

Der Kanton Bern setzt mit diesem Gesetz ein verheerendes Zeichen in Zeiten der Klimaerhitzung. Es ist stossend und demokratiepolitisch äusserst fragwürdig, dass im neuen Gesetz die Finanzkompetenzen von Volk und Parlament an den Regierungsrat delegiert werden sollen (Art. 2 und Erläuterungen dazu) und der Souverän keine Einflussmöglichkeit mehr hat. Es geht nicht an, wenn zu Gunsten der FBAG (und weniger Privatinteressen) die Volksrechte beschnitten werden.



Die GRÜNEN Kanton Bern behalten sich vor, das Referendum gegen das Gesetz zu ergreifen, falls dieses vom Grossen Rat angenommen werden sollte.

Antrag GRÜNE Kanton Bern: Rückzug des Gesetzesentwurfs

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Jan Remund
Co-Präsident Grüne Kanton Bern,

Jessica Fuchs
Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern